

Angelica Schwall-Düren
Mitglied des Deutschen Bundestags
stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion
Vorsitzende des Bundesverbandes Deutsch-Polnischer Gesellschaften e.V.

Vortrag in Danzig im Rahmen der Veranstaltung „Versöhnung als Brücke in die Zukunft - Willy Brandt als Vordenker für Europa“, 15.-16. Juni 2010

„Auf dem Weg nach Europa – Willy Brandt als Vordenker einer neuen Außenpolitik“
(Gemeinsames Thema mit P. Adamowicz)

Sehr geehrter Herr Stadtpräsident,
Sehr geehrter Herr Generalkonsul,
Sehr geehrte Frau Medowska,
Lieber Knut,
Szanowni Państwo,
Meine Damen und Herren,

Ich kenne Danzig seit 1971. Für mich ist Danzig eine schöne und stolze Stadt, eine Stadt der Freiheit. Ich freue mich, dass ich heute bei der Eröffnung der Ausstellung der FES und des Europäischen Zentrums der Solidarität dabei sein darf.

Dass Willy Brandt ein Vordenker einer **neuen Außenpolitik** Deutschlands war, ist unstrittig. Sein Kniefall vor dem Denkmal des Warschauer Ghettos gilt in Deutschland als Symbol für die Übernahme der Verantwortung Nachkriegs-Deutschlands für die in Polen begangenen Nazi-Verbrechen. Für die jüngere Generation ist dieser Kniefall meist die einzige Assoziation zu Willy Brandt.

Seine bemerkenswerte Lebensgeschichte und sein ungebrochener **Einsatz für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität** haben mich persönlich sehr bewegt und als junge Frau motiviert, mich in der SPD zu engagieren. Bis heute ist er ein großes Vorbild für mich.

Sein Verständnis für Europa und für **gute Nachbarschaft** ist nicht erst in den 1970ern entstanden. Seine Zeit im Exil während der Zeit des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkrieges prägten Willy Brandt schon früh.

Wenn man in **Danzig** zur Eröffnung einer Willy-Brandt-Ausstellung spricht, dann fragt man sich unwillkürlich,

welche Beziehung Willy Brandt denn zu dieser geschichtsträchtigen Stadt gehabt haben könnte, einer Stadt, die wie seine Heimatstadt Lübeck zu den ruhmreichen Hanse-Städten gehörte.

Da ist es nicht weit zu Brandts Freund **Günter Grass**, einem Sohn dieser Stadt, der in Brandts Geburtsort Lübeck eine neue Heimat gefunden hat und der zu den „Vorbereitern“ von Brandts Ostpolitik gehörte.

Noch vor der Begegnung zwischen Brandt und Grass spielt ein anderer Danziger eine wichtige Rolle in Brandts Leben: Der Sozialdemokrat **Erich Brost** (WAZ-Gründer nach 1945) empfahl Brandt als seinen Nachfolger als Beauftragter des Parteivorstands in Berlin. Damit begann die Karriere von Brandt nach 1945 in Deutschland!

Willy Brandt und die Solidarność

Und wenn man in Danzig ist, dann kommt man nicht an **Lech Wałęsa** vorbei. Er ist Leitfigur der polnischen Gewerkschaftsbewegung Solidarność und - wie Willy Brandt - Träger des Friedensnobelpreises.

Und damit will ich gleich zu Beginn ein Thema ansprechen, das sowohl für die damalige polnische Opposition, wie für meine Partei, die SPD, zu den schwierigeren zählt; ein Thema, das im engeren Sinne nichts mit Brandts hervorragender Ostpolitik zu tun hatte, das aber in einem gewissen Zusammenhang damit steht:

Wenn es auch viele inoffizielle Kontakte und Unterstützung von prominenten Sozialdemokraten für die Gewerkschaft gab, so kam es doch nicht zu einer **Begegnung** zwischen Brandt und Wałęsa.

Brandt kam 1985 nach Warschau, um mit der polnischen Regierung über neue Initiativen zur Belebung der **Entspannungspolitik** zu sprechen. Er fürchtete einen kurzfristig drohenden Einsatz von Atombomben und war daher um eine möglichst unbelastete Gesprächsatmosphäre bemüht. Sein Besuch stand also unter außenpolitischen Zeichen.

Wałęsa hatte Brandt zu einem Treffen **nach Danzig eingeladen**, aber ein öffentlicher Auftritt mit Wałęsa wurde von der PVAP nicht geduldet. Brandt traf sich darauf hin zwar mit Vertretern des Klubs der Katholischen Intelligenz

(u.a. mit Mazowiecki und weiteren Solidarność-Anhängern) und mit Kardinal Glemp.

Warum beharrte er nicht auf einem Treffen?

1. Brandt hatte die Erfahrung machen müssen, dass öffentlicher und äußerer Druck auf Diktaturen diese in der Regel nicht nachgiebiger macht, sondern zur **Verhärtung** beiträgt.
2. Die Erfahrungen von 1953, 1956 und 1968 hatten gezeigt, dass es gefährlich war, die Opposition unter dem Sowjetregime zu Heldentaten zu ermuntern, wenn man ihr im **Ernstfall** nicht zur Seite stehen kann.

In seinen Erinnerungen macht Brandt allerdings die **Bedeutung von Solidarność** deutlich:

„Als eine Bewegung, in der Intellektuelle und Arbeiter zusammengingen und der Rückendeckung durch die Kirche sicher waren, ... Aber auch das war *Solidarität*, bevor sie in staatliche Verantwortung hineinwuchs: die sehr viele und sehr verschiedene Kräfte **umfassende Opposition gegen das herrschende System.**“

Antifaschist und Antikommunist

Nur Böswillige, wie manche innenpolitischen Gegner seiner Ostpolitik, konnten auf die Idee kommen, Willy Brandt habe vielleicht mit dem **kommunistischen Regime in Polen** sympathisiert.

Als Mitglied der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAP) ging Brandt (damals noch Herbert Frahm) drei Monate nach Hitlers Machergreifung ins **Exil**, um einen Stützpunkt für seine Partei aufzubauen.

1933 bis 1945 lebte Willy Brandt in Norwegen und Schweden. Er ging 1933 nach Norwegen, um von dort die Unterstützung der **Sozialistischen Arbeiterpartei**, der er angehörte, zu organisieren. Willy Brandt integrierte sich sehr schnell in Norwegen und fand ein neues Zuhause in der Norwegischen Arbeiterpartei.

Im Februar 1944 erfuhr Brandt vom polnischen Mitglied des „Arbeitskreises für Friedensfragen“ **Maurycy Karniol** von den systematischen Morden in den deutschen Vernichtungslagern in Polen. Karniol, Gesandter der polnischen Exilregierung, war im Arbeitskreis zum Kassierer gewählt worden. Brandt berichtete daraufhin als einer der

Ersten in US-amerikanischen Medien über diese Verbrechen der Nationalsozialisten.

Nach Kriegsende berichtete Brandt für die skandinavische Arbeiterpresse von den **Kriegsverbrecherprozessen in Nürnberg**. Seine Beobachtungen und Analysen fließen in sein Buch „Verbrecher und andere Deutsche“ ein, das 1946 in Oslo erscheint. Darin unterscheidet er zwischen politischer Verantwortung, die alle Deutschen zu übernehmen haben, auch die deutsche Arbeiterbewegung, und Schuld, die nur individuell festgemacht werden kann.

Von Norwegen aus kämpfte Willy Brandt für die Stärkung der Sozialistischen Arbeiterpartei und deren internationale Vernetzung. So pflegte er **intensive Auslandskontakte** nach London, Paris und Spanien, um antifaschistische Kräfte in Europa zu bündeln.

In Spanien erlebte er die scharfen Auseinandersetzungen in der spanischen Arbeiterbewegung, wo er schon den langen Arm der Komintern erlebte, die mit den spanischen Kommunisten dafür sorgte, dass die linkssozialistische Partido Obrero de Unificación Marxista (POUM) vernichtet wurde. Diese einschneidenden Erfahrungen waren für Willy Brandt auch prägend für seine **Auseinandersetzung mit dem Kommunismus** und seine realistische Einschätzung für die Möglichkeiten der Zusammenarbeit.

Willy Brandt und Europa

So sehr Willy Brandt sich seiner neuen norwegischen Heimat verbunden fühlte, so sehr blieb Deutschland in den Jahren des Exils ein wichtiges Thema für ihn. Er dachte viel darüber nach, was nach Hitler kommen würde. Die **Zukunft Europas** und die Koppelung der deutschen Frage an eine europäische Lösung wurden für ihn zentrale Themen, mit denen er sich während seiner Exiljahre in Schweden – in das er 1940 fliehen musste – intensiv auseinandersetzte.

Er sah eine **Föderation in Mitteleuropa** als erste Etappe zu einer umfassenden europäischen Lösung, auf die es sich geistig und organisatorisch vorzubereiten gelte. Ich zitiere aus einem frühen Artikel, der nach Kriegsausbruch im Winter 1939 veröffentlicht wurde:

„Aller Wahrscheinlichkeit nach wird die Entwicklung in Etappen geschehen. Man kann die enge, nicht nur politische und militärische, sondern auch ökonomische

Zusammenarbeit zwischen den Westmächten als einen ersten Schritt zu einer Föderierung zwischen ihnen sehen. In Mitteleuropa sind alle ökonomischen Bedingungen für eine freie Föderation zwischen Deutschland und den Agrarstaaten im Osten und Südosten gegeben. Aber man erörtert auch vielerlei Projekte einer Union zwischen den Tschechen und Polen, einer Balkan- und Donauföderation. Es ist gut denkbar, dass eine solche **„Föderation in Etappen“** der sicherste Weg zu einer gemeinsamen europäischen Föderation ist.“¹

Um die Idee eines friedlichen Europas nach dem Krieg zu konkretisieren, initiierte Brandt in Schweden den internationalen Arbeitskreis von ausländischen sozialistischen Flüchtlingen und schwedischen Sozialdemokraten, die gemeinsame Friedensziele formulierten (**„Friedensziele der demokratischen Sozialisten“**).

Als Bundeskanzler war Willy Brandt nicht nur die Annäherung an die östlichen Nachbarn wichtig. Er trieb zur gleichen Zeit den europäischen Einigungsprozess weiter voran. Das „Europa der Neun“ wurde geschaffen. Die Wirtschafts- und Währungsunion wurde als gemeinsames Ziel festgeschrieben. Bereits 1971 bezeichnete Willi Brandt **Europa als „unser Alltag“**, die Zeit des Feiertags-Europäertums sei vorbei.

Willy Brandt und Polen

Durch seine **Kontakte mit Polen im Exil** ist ihm auch schon früh das Schicksal des kaum zwei Jahrzehnte lang wieder existierenden polnischen Staates ein wichtiges Anliegen gewesen.

Die tragische Situation der Polen und ihr unermüdliches Engagement im Kampf gegen die Unterdrücker wird von Willy Brandt voll anerkannt, als er 1944 eine **Grußbotschaft an die „heldenhaften Kämpfer der polnischen Landesarmee“** verfasst und fordert, dass diese durch die Alliierten als Kombattanten anerkannt und unterstützt werden.

Als im April 1943 **Jan Kwapinski**, der Vorsitzende der Polnischen Sozialistischen Partei (PPS) und Handelsminister der Exilregierung über die Vorstellungen der Londoner

¹ Willy Brandt: „Der Traum von Europas Vereinigten Staaten“ , Bergens Arbeiterblad, 13.jg. Nr. 300. Dezember 1939

Exilregierung in Bezug auf den neu zu errichtenden polnischen Staat informiert, wenden sich zwar die deutschen Sozialisten gegen das Ansinnen, das deutsche Territorium zugunsten Polens (um Ostpreußen, Danzig und Oberschlesien) zu verkleinern und deutsche gegen ostpolnische Gebiete auszutauschen, aber gemeinsam verständigte man sich auf allgemeine Grundsätze, bei der Erlangung des Friedens vom Selbstbestimmungsrecht der Völker und vom Minderheitenschutz auszugehen.

Weil Willy Brandt das **Recht der Polen auf Wiederherstellung ihres Staates**, auf nationale Sicherheit und auf „Gebietsregulierungen“ anerkannte, beschäftigte ihn das Verhältnis zu Polen und die Grenzfrage immer wieder.

Um den Hass zu überwinden, glaubte Brandt, dass überregionale Regelungen mit einer **„Auflockerung der Grenzen“** – eine europäische Lösung – gefunden werden musste! Wir wissen heute, wie lange es noch gedauert hat, bis zwischen unsern Ländern die Durchlässigkeit der Grenzen erreicht werden konnte! Und wie viel menschliches Leid und Unfreiheit die Bürger und Bürgerinnen auf beiden Seiten des „Eisernen Vorhangs“ noch über Jahrzehnte zu ertragen hatten.

Willy Brandt hat jedenfalls bereits im Exil verstanden, dass in der Folge der nationalsozialistischen Verbrechen Deutschland **Gebietsverluste und Bevölkerungsumsiedlungen** würde in Kauf nehmen müssen.

Dennoch stimmte Brandt im Zuge der Verhandlungen um den Görlitzer Vertrag (DDR-Polen, Grenzvertrag) der überfraktionellen Deklaration zu, die diese **Grenzvereinbarung ablehnt**. Aus seiner Sicht hätte Entsprechendes erst in einem Friedensvertrag geregelt werden können.

Aber er zeigte in seinen Veröffentlichungen auch **Verständnis für den polnischen Wunsch** nach Garantien gegen ein Wiederaufleben des deutschen „Drang nach Osten“. Allerdings sah Brandt auch, dass der Gedanke an eine europäische Neuordnung durch Hitlers Politik kompromittiert und deshalb kaum durchsetzbar war.

Willy Brandt hat die **prekäre Lage Polens** zwischen einem russisch-sowjetischen Imperium und einem wieder erstarkten Deutschland (BRD und DDR) nie übersehen.

In der heute zu eröffnenden Ausstellung finden wir auch eine Stellungnahme von Willy Brandt von 1969, in dem er die Bereitschaft Polens zu einem Grenzvertrag mit der Bundesrepublik begrüßte. Die **Aussöhnung mit Polen** wird für Brandt ebenso wichtig wie das gute Verhältnis zu Frankreich.

Deshalb wurden die Verhandlungen über die Ostverträge von Brandts Seite stets parallel mit Moskau und Warschau geführt. Der Satz aus einer Pressemitteilung von 1980 „**Nie mehr eine Politik über Polen hinweg**“ kann als Motto der gesamten Polenpolitik Willy Brandts gewertet werden.

Die neue Ostpolitik Willy Brandts

Willy Brandts Karriere in Deutschland war von **Anfeindungen und Rückschlägen** begleitet. Dennoch schaffte er es, Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses, Regierender Bürgermeister von Berlin, Kanzlerkandidat der Sozialdemokraten, Parteivorsitzender der SPD, Außenminister und Vize-Kanzler der Großen Koalition und schließlich erster sozialdemokratischer Bundeskanzler zu werden.

Seine Ideen zu einer neuen Außenpolitik, die wir unter der Formel „**Wandel durch Annäherung**“ kennen, entwickelten sich bereits in seiner Berliner Zeit. In der Vier-Mächte-Stadt führte Willy Brandt zahlreiche Gespräche mit (ost-)deutschen, amerikanischen, britischen, französischen und sowjetischen Politikern. Für Brandt war eine „Politik der kleinen Schritte“ schon lange vor dem ersten Passierscheinabkommen im Jahr 1963 seine Alternative zu einer „Politik des Nichtstuns“.

Es gelte, das Verhältnis zur Sowjetunion und zu den anderen osteuropäischen Ländern zu versachlichen. **Vereinbarungen mit Moskau** setzten voraus, so Brandt, dass Deutschland die Interessen der Sowjetunion zur Kenntnis nehme. 1964 bat ihn der amerikanische Außenminister, seine außenpolitischen Ideen aufzuschreiben. 1966 - noch bevor Brandt Außenminister wurde - traf er sich erstmals mit Moskaus Botschafter in der Bundesrepublik und dem sowjetischen Botschafter in der DDR.

Als Außenminister gelingt es Willy Brandt, eine **Normalisierung der Beziehungen** in Richtung Osten einzuleiten. Seiner Politik lagen drei Prämissen zugrunde:

1. Die Bundesregierung muss den globalen **Entspannungstrend** unterstützen.
2. Die Überwindung der Ost-West-Teilung muss auf der Basis einer **westeuropäischen Integration** stattfinden.
3. Die Bundesregierung muss sich bei der Auflockerung der Beziehungen der **Unterstützung der westlichen Bündnispartner** sicher sein (vor allem der USA).

Konkret bedeutete die Politik der kleinen Schritte z.B., dass Brandt einen Botschafter nach Rumänien entsandte und mit der Tschechoslowakei, Polen und Ungarn Handelsvertretungen austauschte. Der Sowjetunion überreichte er einen Entwurf einer **Gewaltverzichtserklärung**. Auch wenn der Prager Frühling einen Rückschlag für seine Politik bedeutete, so akzeptierte Brandt diese Ereignisse nicht als Ende seiner Ostpolitik.

1969 sandte Brandt sowohl an die deutsche Bevölkerung als auch an die europäischen Nachbarn das Signal: „Wir wollen ein Volk der guten Nachbarn werden im Innern und nach außen.“

So steht Willy Brandts Zeit als Bundeskanzler vor allem im Zeichen von Entspannung und Aussöhnung. Im Moskauer Vertrag von 1970 verpflichteten sich die Unterzeichner zur **Anerkennung der Nachkriegsgrenzen Europas**.

Im Anschluss unterschrieben Brandt und Außenminister Walter Scheel den **Warschauer Vertrag**, dessen Kern auch die Grenz- und Gewaltverzichtsformel bildete. Für die deutsch-polnischen Beziehungen war damit eine wichtige Voraussetzung für die weitere Zusammenarbeit geschaffen.

Willy Brandt fiel das Unterzeichnen der Verträge nicht leicht (in Hinblick auf die Vertriebenen), aber er erkannte, dass ein Neuanfang in den Beziehungen notwendig war. So sagte er: „Wir müssen die **Kette des Unrechts**

durchbrechen. Indem wir dies tun, betreiben wir keine Politik des Verzichts, sondern eine Politik der Vernunft.“²

Der Kniefall des Kanzlers vor dem Denkmal der Opfer des Warschauer Ghetto-Aufstands zeigt eindrucksvoll, wie ernst ihm – auch emotional – die Versöhnung war. Für die „aussöhnende Nachbarschaftspolitik“ erhielt Willy Brandt 1971 den **Friedensnobelpreis**.

1974 trat Willy Brandt zurück, als sein persönlicher Referent als DDR-Spion enttarnt und verhaftet wurde. Dennoch kämpfte er als Parteivorsitzender weiter dafür, dass die **Politik der Annäherung** trotz zunehmender Spannungen in der Weltpolitik ab Mitte der 1970er Jahre nicht aufgegeben wurde.

Er blieb weiterhin der Protagonist der Ostpolitik, der **Entspannungspolitiker**. Er war als moralische Instanz präsent und war weiterhin ein international gefragter Gesprächspartner.

Das Erbe Willy Brandts zur Überwindung des Trennenden

Wenn wir uns den Integrationsprozess der Europäischen Union anschauen, könnte man meinen, Willy Brandts Mission sei mit den letzten EU-Beitrittsrunden endgültig erfüllt. Das scheint zunächst plausibel, denn die grundsätzliche Spaltung Europas ist überwunden. Andererseits hält die „**Ostpolitik von heute**“ ganz neue Herausforderungen bereit.

Wir haben es **geographisch** mit drei Räumen zu tun: Die östlichen Nachbarn der EU (Ukraine, Moldau, Belarus, Georgien, Armenien und Aserbaidschan) zum einen, dann Russland und schließlich Zentralasien (Kasachstan, Usbekistan, Kirgistan, Tadschikistan und Turkmenistan).

Russland, Zentralasien und die östlichen Nachbarn der EU gehören alle zum **postsowjetischen Raum**. Dennoch gestalten sich die Beziehungen der EU zu diesen drei Räumen sehr unterschiedlich.

Die EU formuliert ihre **Politik gegenüber den östlichen Nachbarn der EU** auf der Grundlage der **Europäischen**

² Willy Brandt in der Fernsehansprache aus Warschau vom 7. Dezember 1970. Die Ansprache ist abgedruckt in: Bundeskanzler Brandt. Reden und Interviews, Vorwort von Conrad Ahlers, Hamburg 1971, S. 250f.

Nachbarschaftspolitik bzw. seit einem Jahr der **Östlichen Partnerschaft**.

Für die EU wäre es wünschenswert, diese Länder, die bisweilen auch als „**geopolitische Zwischenzone**“ zwischen Russland und der EU bezeichnet werden, politisch und wirtschaftlich zu entwickeln bzw. zu stabilisieren und damit eine enge Bindung an die EU zu ermöglichen. Allerdings hat auch Russland seit dem Zusammenbruch der UdSSR ein Interesse daran, weiterhin seinen **Einfluss in den ehemaligen Sowjetrepubliken** aufrecht zu halten.

Diese Länder dürfen als Region nicht zu einem **integrations- oder sicherheitspolitischen Vakuum** werden. Um dies zu vermeiden, muss Russland in eine kohärente Strategie einbezogen werden. Allerdings geht dies nur unter Berücksichtigung der Erfahrungen der ostmitteleuropäischen Staaten mit Russland. Diese sind wichtig und müssen Gehör finden!

Derzeit stehen der **Östlichen Partnerschaft** 600 Millionen Euro zur Verfügung. Doch diese Mittel richtig einzusetzen, wird bei der aktuellen politischen Lage in den Partnerländern nicht leicht:

In der **Ukraine** will der neue Präsident Janukowitsch sein Land wieder stärker an Russland binden (siehe Verträge zur Nutzung der Krim-Häfen und zur Atom-Partnerschaft); was dies für die Beziehung zur EU bedeutet, ist noch ungewiss. In **Belarus** gab es erneut Manipulationen bei den Kommunalwahlen (damit haben sich die Hoffnungen der EU, die Kommunalwahlen könnten ein Schritt in Richtung Demokratisierung werden, nicht erfüllt). **Georgien** befindet sich in der Auseinandersetzung um die politische Führung. Die Konflikte zwischen **Armenien und Aserbeidschan** sind nach wie vor ungelöst.

Nur die **Republik Moldau** will klar eine Annäherung an die EU. Darüber hinaus hat Rumänien für die Moldauer die Bedingungen, rumänische Staatsbürger zu werden, enorm erleichtert. Es ist mittlerweile genau so leicht, die Staatsbürgerschaft wie einen Passierschein zu bekommen, der für den visumsfreien „kleinen Grenzverkehr“ notwendig ist. Viele Moldauer werden nun also Rumänen und damit EU-Bürger.

Wenn der Dialog mit den Regierungen der Nachbarstaaten ins Stocken gerät, so muss die EU nun auf die **Zivilgesellschaft** setzen. Zahlreiche Akteure setzen sich für eine Annäherung ihres Landes an die EU ein. Diese Chance darf nicht verpasst werden.

Die Östliche Partnerschaft sieht langfristig eine Möglichkeit der **Abschaffung der Visumpflicht** vor. Mit der Ukraine und Moldau gibt es bereits Visa-Erleichterungsabkommen, aber in der Praxis ist davon noch nicht viel zu spüren. Hier muss die EU mutiger (und schneller) werden, denn noch immer müssen Besucher komplizierte und langwierige Verfahren durchlaufen.

So wie die Zweiteilung des europäischen Kontinents nur in **Zusammenarbeit mit Russland** aufgehoben werden konnte, so kann auch die Entwicklung des außerhalb der EU verbliebenen postsowjetischen Raums nur unter Berücksichtigung der russischen Interessen vorangebracht werden.

Darüber hinaus hat die EU enormes Interesse an der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Russland. Außerdem wird das Land gebraucht zur **Lösung zahlreicher weltweiter Konflikte** (Beispiel Iran).

Deshalb führt die EU mit **Russland** einen intensiven Dialog. Auf dem letzten Gipfel wurde die „EU-Russland-Modernisierungspartnerschaft“ gegründet, bei der auch die **Visa-Liberalisierung** eine wichtige Rolle spielt.

In Anlehnung an Willy Brandts Devise vom „Wandel durch Annäherung“ setzt sich die SPD seit einigen Jahren für eine Politik der „**Annäherung durch Verflechtung**“ ein. Damit ist gemeint, dass (z.B. auch wirtschaftliche) Zusammenarbeit mit Russland langfristig positive Veränderungen in unterschiedlichen Bereichen in Gang setzen wird. Wenn Unternehmen in einem Land investieren, verlangen sie ein Minimum an Rechtsstaatlichkeit und Rechtssicherheit.

Wir sind überzeugt, dass auf diesem Wege nicht nur wirtschaftliche sondern auch **politische Stabilität** gewonnen wird, die demokratische Prozesse und partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den Nachbarn erleichtert (Verbesserungen im Verhältnis Russland-Polen mögen als Beispiel dienen). Selbstverständlich gibt es keine Sicherheit, aber berechnete Hoffnung, dass durch die

„Politik der Verflechtung“ auch „europäische Werte“ in Russland gestärkt werden.

Ohne Zweifel müssen gegenüber Russland immer wieder auch **Menschenrechtsverletzungen**, der Umgang mit Minderheiten, Beschränkungen in der freien Meinungsäußerung sowie die Rolle Russlands in Tschetschenien angesprochen werden.

Dies gilt genauso für unsern Dialog mit den **zentralasiatischen Ländern**, wo wirtschaftliche und politische Interessen nicht von den Menschenrechtsfragen abgekoppelt werden können.

Lassen wir uns von dem Gedanken der **Solidarität** und **Freiheit**, dem **Mut** und der **Entschlossenheit** Willy Brandts leiten, um eine gemeinsame Zukunft mit unseren östlichen Nachbarn zu bauen! Gerade an den EU- Außengrenzen muss sich das Bild von der „Festung Europa“ hin zu einem „Herzlich Willkommen in Europa“ wandeln. Wir werden alle davon profitieren.

[frei: Exkurs zu aktuellen Beziehungen, Deutschland und Polen in Europa, Erinnerungskultur]

Willy Brandt ist für mich bis heute ein **Vorbild für Versöhnung, Frieden und Vertrauen**. Selbst in den schwierigsten Zeiten resignierte er nicht, sondern kämpfte für die Fortsetzung der Entspannungspolitik. Er hat mit seiner Politik dazu beigetragen, dass Spannungen in Europa dauerhaft abgebaut wurden. Wir sind aufgerufen, seinem Erbe gerecht zu werden.